Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 45. | Der „Holzarbeiter" erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter" nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postscheckkonto 7713 Cöln.

Cöln, den 8. November 1912.

Insertionspreis für die viergesp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1546. — Redaktionsschluß ist Montag Mittag. | 13. Jahrg.

„Werkssolidarität" oder Gewerbesolidarität?

In einer großen, zahlreich besuchten Versammlung, die am Allerheiligentage auf Veranlassung des Bezirkskartells der christlichen Gewerkschaften im Vereinshause zu Essen-West stattfand, äußerte sich Herr Direktor Dr. Brauns-M.Gladbach zu der sehr zeitgemäßen Frage der von den gelben Werkvereinen propagierten „Werkssolidarität" in einer außerordentlich zutreffenden und beachtenswerten Weise. Die Ausführungen erscheinen der vollständigen Wiedergabe wert, weshalb wir sie nachstehend und in einigen Fortsetzungen bringen:

„Bei der 100-Jahrfeier der Kruppschen Werke hörten wir Herrn Geheimrat Dr. Hugenberg in seiner Festrede sagen:

„In welches Lebensgebiet wir auch blicken, überall sehen wir uns vor der Aufgabe, eine an Zahl plötzlich riesenhaft gewordene Menschenklasse, die es bis dahin in der Welt nicht gab, den großindustriellen Arbeiter einzugliedern in den langsam aufgewachsenen Bau unseres politischen Lebens."

Stimmt! Ganz einverstanden! In den Kreisen der heute so viel verschrienen Sozialpolitiker, auf den Hochschulen und in der sozialen Praxis hat man diese Notwendigkeit eher erkannt als bei den Industriellen, die heute die alten Methoden dieser Eingliederung in Acht und Bann tun und die Welt mit einer neuen — spezifisch kapitalistischen — Methode der „Eingliederung" beglücken möchten.

Ja, ich stehe nicht an, zu behaupten: Würden die Leiter unserer Großindustrie der von Herrn Geheimrat Hugenberg so richtig betonten Notwendigkeit sich eher bewußt gewesen sein, und würden sie früher die richtigen Konsequenzen aus dieser Notwendigkeit gezogen haben, das Problem wäre dann heute im wesentlichen gelöst.

Früher haben die Kreise, welche heute in ihrer Art die Lohnarbeiter politisch eingliedern wollen, sich überhaupt nicht um diese Eingliederung bemüht. Der Lohnarbeiterstand war ihnen teils lediglich Produktionsmittel — wenn auch menschliches Produktionsmittel. Darüber hinaus war er ihnen höchstens Objekt, Gegenstand der Gesetzgebung und Verwaltung, aber beileibe nicht gesellschaftlich gleichberechtigtes Subjekt, Träger der öffentlichen Tätigkeit in Staat und Gemeinde.

Darum wäre ein etwas weniger wegwerfendes Aburteilen über die Vergangenheit der Sozialpolitik — im weitesten Sinne genommen — schon am Platze. Das neue Rezept muß sich zum mindesten auch noch erst bewähren. Und wir glauben: Es wird sich nicht bewähren, weil es sich nicht bewähren kann, weil es an inneren und äußeren Unmöglichkeiten scheitert.

Doch zuvor die Frage: Wie heißt denn überhaupt das neue Rezept der gesellschaftlichen Eingliederung der Arbeiterklasse?

Bisher hat alle Welt geglaubt, die Arbeiterschaft als eine neue, für sich bestehende Klasse mit eignen Zielen und eignem Leben betrachten zu müssen. Auch die neuen Propheten gehen von dieser Auffassung anscheinend aus. Trotzdem glauben sie, patriarchalische Organisationsformen früherer Zeiten, wenn auch mit neuen Mitteln, wiederauferwecken zu sollen, deren wesentliche Voraussetzung eben die war, daß der Arbeiterstand nicht zu eignem gesellschaftlichen Leben reif und erwacht war.

So kommt man in den Kreisen der Industriellen heute zu folgender Begriffsbestimmung für die als notwendig zugegebene „Eingliederung". Man versteht sie so, „daß zwischen der Familie der Werkbesitzer und der Gesamtheit der in ihren Unternehmungen Beschäftigten eine Werkgemeinschaft besteht, die stärker ist als alle Mächte, die horizontal teilen wollen, was von der Wurzel bis zur Krone ein einheitliches Gebilde ist." Solche Werksgemeinschaften sollen dann weiterhin solidarisch sich fühlen mit Volk, Vaterland und Gemeinwohl, und so wäre die Einordnung glücklich vollendet, d. h. in der Phantasie solcher Propheten. In der Wirklichkeit hat diese Rechnung gewaltige Fehler.

Was ist eine Werksgemeinschaft, oder fragen wir lieber: Was soll sie sein nach dem Willen ihrer Schöpfer?

Der Versuch, die Arbeiter durch Wohlfahrtseinrichtungen an das Werk, auf dem sie beschäftigt sind, zu fesseln, ist alt. Bald nach den ersten Jahren der werdenden Industrie tauchten solche Versuche auf und verallgemeinerten sich im Laufe der Jahre immer mehr. Schon in den achtziger Jahren wuchsen sich derartige praktische Uebungen auch zu einer Theorie aus: Solche Wohlfahrtseinrichtungen sollten entspringen dem Pflichtgefühl der Unternehmer, sollten Zeugnis dafür ablegen, daß diese im Arbeiter nicht nur das Produktionsmittel, sondern auch den Menschen sehen und würdigen.

Diese „Sozialpolitik" der Arbeitgeberwohlfahrtspflege hat ihre Zwecke nicht vollständig erfüllt. Ebensowenig wie staatliche Versicherungs- und Schutzgesetze konnte die Politik der Wohlfahrtseinrichtungen eine Standesbewegung der Arbeiter schaffen. Und weil es daran fehlte, konnte sich die revolutionäre Sozialdemokratie Bahn brechen. Anstatt aus dieser Tatsache zu lernen und den Hebel da anzusetzen, wo er demnach angesetzt werden mußte, ging man hin und gab sich teils der Gleichgültigkeit gegen das sozialdemokratische Problem hin, teils glaubte man, der revolutionären Bewegung mit Zwangsmitteln Herr werden zu können. Auch heute noch hat man solche Hoffnung nicht so ganz aufgegeben. Die Bestrebungen nach einem sog. Arbeitswilligengesetz, für das sich ja auch, getreu dem Wunsche der Unternehmer, die Gelben einsetzen, ist Zeuge davon. Aber man möchte diese scharfmacherischen Bestrebungen nicht bloß auf die eigne Kappe nehmen, weniger aus Verantwortlichkeitsgefühl, als vielmehr deshalb, weil man damit heutzutage praktisch nicht mehr durchkommt. Man möchte Arbeiter haben, die selbst solche Forderungen stellen, damit man auf diese Kronzeugen sich stützen kann. Man möchte der Einseitigkeit der Arbeitgeberwohlfahrtspflege eine Ergänzung schaffen, dadurch, daß man scheinbar nach außen eine „Arbeiterbewegung" zum angeblichen Träger des neuen Systems macht. Die Beibehaltung der Methode der Wohltaten und Almosen zwecks Entrechtung der Arbeiter glaubt man schmackhaft zu machen und ihres entehrenden Charakters zu entkleiden, indem man sagt: „Was wollt ihr denn eigentlich gegen dieses System der „Arbeitgeberbeiträge"? Haben wir nicht solche auch in den Versicherungen? Wer hätte das jemals als entehrend für die Arbeiter empfunden? Gemach! Das ist ein Taschenspielerkunststück. Hier handelt es sich um gesetzliche Leistungen. Um Leistungen, die die freie Mitbestimmung der Arbeiter nicht ausschließen, im Gegenteil, die sie ausdrücklich sanktionieren. Wenn diese Gesetze, so wie sie heute sind, auf dem Wege einer gelben Bewegung hätten geschaffen werden müssen, wir würden heute noch darauf warten. Also mit diesem Vergleich ist es nichts zur Begründung der Gelben. Und doch kann man keine „Bewegung", auch nicht einmal eine scheinbare „Arbeiterbewegung" schaffen, ohne Arbeiterziele, ohne ein Programm, das sich als Vertretung von Arbeiterinteressen erweist. Daher das neueste Streben der Gelben und ihrer Förderer, aus den gelben Werksvereinen nicht bloß eine Wohlfahrtseinrichtung zu machen, sondern diese Einrichtung in Gegensatz zur selbstständigen Arbeiterbewegung zu stellen und diesen Gegensatz volkswirtschaftlich und staatsbürgerlich zu begründen, mit anderen Worten, den Gelben die Maske einer theoretisch begründeten Arbeiterbewegung vorzuhängen. Zu diesem Zweck fanden sich käufliche Seelen in der Arbeiterschaft, es finden sich auch vereinzelte Nationalökonomen auf Kathedern, die diese neue Wissenschaft predigen, und es finden sich noch mehr „Angestellte" der Unternehmer, die aus der Not eine Tugend machen und sich bemühen, Unternehmerinteressen zu Arbeiterinteressen umzustempeln: manche davon, das muß zu ihrer Entschuldigung gesagt werden, tun das allerdings mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe.

Fortsetzung folgt.

Das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen in Deutschland.

II.

Sowohl das Vertragsmuster als auch die Bestimmungen über das Schieds- und Einigungswesen für das Holzgewerbe im rheinisch-westfälischen Industriebezirk haben sich in mehrjähriger Erfahrung gut bewährt. Das Schieds- und Einigungswesen ist hier durch folgende Bestimmungen geregelt:

„Streitigkeiten aus diesem Vertrage sind durch eine Schlichtungskommission, bestehend aus ..... Arbeitgebern und ..... Arbeitnehmern zu schlichten. Die beiderseitigen Vertragsschließenden wählen ihre Mitglieder. Den Vorsitz in der Schlichtungskommission führt ein Arbeitgeber, in dessen Vertretung ein Arbeitnehmer.

Die Geschäftsordnung der Schlichtungskommission wird durch die vertragschließenden Parteien festgestellt.

Kann die Schlichtungskommission den Streit nicht schlichten, so unterliegt die weitere Bearbeitung des Streitfalles dem zuständigen Einigungsamt, welches endgültig entscheidet.

Das Einigungsamt ist ferner zu einer Entscheidung von grundsätzlichen Angelegenheiten zuständig.

Das Einigungsamt besteht aus der gleichen Zahl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die von ihren Organisationen abgeordnet werden und einem unparteiischen Vorsitzenden, der von beiden Seiten gewählt wird.

Vor Beginn und während des Verfahrens sind Streiks, Aussperrungen und ähnliche Maßnahmen unter keinen Umständen zulässig. Alle Beschwerden über Streitigkeiten, die im Gewerbe entstehen, sind zunächst an die Vorsitzenden der Ortsverbände zu richten, welche sie prüfen und wenn möglich direkt zu erledigen haben.

Trotzdem aus dem Wortlaut der Bestimmungen nicht zu ersehen ist, wieviele Vertreter jeder Arbeiterorganisation zustehen, so haben wir es doch praktisch überall so gehandhabt, daß alle Verbände, die die Verträge mit abgeschlossen haben, in den Schlichtungskommissionen und auch im Einigungsamt vertreten sind. So sollte und müßte es überall sein. Insbesondere müßten die Leute überall für diese Praxis eintreten, die die Worte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit auf ihre Fahne geschrieben haben. Jedenfalls ist die Handhabung der Bestimmungen, die wir in den Verträgen für das Holzgewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben, wenn diese Bestimmungen auch nicht so umfangreich sind, doch hundertmal gerechter, wie die vielgerühmten „Gesetze" des Buchdruckgewerbes.

Dasselbe kann fast ausnahmslos auch von der Handhabung der Bestimmungen gesagt werden, die das Schieds- und Einigungswesen regeln für die Verträge, die mit der größten holzgewerblichen Arbeitgeberorganisation, mit dem Arbeitgeberschutzverband für das Deutsche Holzgewerbe abgeschlossen sind. Die Bestimmungen, die 1911 vereinbart wurden, lauten:

1. Zur Beilegung von Streitigkeiten, welche das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffen, wird eine Schlichtungskommission gebildet. Die Kommission besteht aus .... Mitgliedern, welche je zur Hälfte von den beiderseitigen Organisationen gewählt werden. Jede Vertragspartei hat der anderen ihre gewählten Mitglieder sowie jeden Wechsel derselben unmittelbar nach der Wahl bekannt zu geben.
2. Die Schlichtungskommission hat innerhalb zwei Wochen nach Abschluß dieses Vertrages zusammenzutreten und sich zu konstituieren; sie gibt sich ihre Geschäftsordnung selbst und wählt aus ihrer Mitte einen Obmann und einen Stellvertreter. Der Obmann sowohl wie dessen Stellvertreter sind nach vorausgegangener Rücksprache berechtigt, Sitzungen der Kommission einzuberufen. Die Mitglieder derselben sind gehalten, der Einladung Folge zu leisten.
3. Alle Beschwerden über Verstöße gegen den Vertrag oder sonstige Streitigkeiten sind zunächst, und zwar innerhalb einer Woche, an die Vorsitzenden der örtlichen Verbände zu richten, welche dieselben zu prüfen und wenn möglich direkt zu erledigen haben. Gelingt dieses nicht, so soll unverzüglich die Kommission zusammentreten. In den Kommissionssitzungen sind die streitenden Parteien zu hören. Die Vorentscheidungen der Obmänner sind bis zur endgültigen Beschlußfassung der Gesamtkommission für beide Teile bindend.
4. Alle Streitigkeiten im Gewerbe, die zur Arbeitseinstellung oder Aussperrung in einem Betriebe oder der ganzen Stadt führen könnten, müssen zunächst der Kommission unterbreitet werden. Ist in der Kommission eine Einigung nicht zu erzielen, so kann entweder die Entscheidung der beiderseitigen Zentralvorstände angerufen werden, oder es ist ein unparteiischer Vorsitzender zur örtlichen Schlichtung des Streitfalles heranzuziehen. Dieser wird von der Kommission gewählt. Streitpunkte, welche für die Auslegung des Vertrages von grundsätzlicher Bedeutung sind, können in jedem Falle den beiderseitigen Zentralvorständen zur Nachprüfung unterbreitet werden. In schwierigen Fällen können Vertreter der beiderseitigen Zentralvorstände zu den Beratungen der Schlichtungskommission hinzugezogen werden.
5. Arbeitseinstellungen und Aussperrungen dürfen bis zur Entscheidung der Schlichtungskommission und bevor nicht beide Zentralvorstände entschieden haben, nicht stattfinden. Für die Durchführung der Entscheidung der Schlichtungskommission resp. der Zentralvorstände haben die beiderseitigen Organisationen Sorge zu tragen.

Allerdings zeigen sich neuerdings auch im Holzgewerbe Bestrebungen, die darauf hinzielen, den paritätischen Weg beim Einigungswesen zu verlassen. Bei den letzten zentralen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe hat man eine sogenannte zentrale Schiedskommission gebildet, die auf Arbeitnehmerseite nur aus Vertretern des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes bestanden hat. Es wäre zu wünschen, daß demnächst auch diese Kommission aus den Vertretern aller interessierten Verbände zusammengesetzt wird.

Bei den Chemigraphen und Kupferdruckern sieht es noch toller aus, wie im Buchdruckgewerbe. Der Tarif, der zwischen dem „Bund der Chemigraphischen Anstalten Deutschlands" und der „Verbandsgruppe der Chemigraphen und Kupferdrucker" vereinbart worden ist, bestimmt, daß nur Mitglieder des genannten sozialdemokratischen Gehülfenverbandes beschäftigt werden dürfen. Kein Wunder daher, daß etwa 98 Prozent der Gehülfen in diesen Gewerben heute der sozialdemokratischen Organisation angehören. Für die christlich-national denkenden und organisierten Arbeiter gibt es also in diesen Gewerben keine Arbeit und kein Brot mehr. Selbstredend sind auch in allen Schieds- und Einigungsinstanzen, die denen im Buchdruckergewerbe nachgebildet sind, auf Arbeiterseite nur Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes vertreten.

Mit welch bitteren Gefühlen, Gehülfen sich den Zwangsbestimmungen des Tarifs fügen, zeigt ein Brief, den ein Gehülfe in Kempten in Allgäu an die sozialdemokratische Ortsverwaltung vor seiner Aufnahme in den Verband richtete:

„Unterzeichneter erklärt gegen seinen Willen, gezwungen durch den systematischen Terrorismus, seinen Beitritt zum Senefelderbund.

Viele Organisationen, sogar Ihnen nahestehende Verbände, d. h. sozialdemokratische Gewerkschaften beurteilen die Zwangslage, die sie als vermeintliche Verfechter der Freiheit geschaffen, als scharfe, zweischneidige Vereinbarung.

Mein Beitritt erfolgt somit unter Protest und ich bin mir gleich vielen andern noch klar denkenden Kollegen bewußt, als Opfer sozialdemokratischer Willkürherrschaft gefangen zu sein. So hoch mir der Wert als organisierter Arbeiter steht, und so sehr ich die Kraft des Zusammenschlusses schätze, so tief beklage ich es im Namen der Freiheit, sozialdemokratischer Gewerkschaftler sein zu müssen. Wer es ehrlich mit der Arbeiterschaft meint und noch objektiv zu urteilen vermag, wird um der Gerechtigkeit willen gegen die Monopolstellung des Chemigraphentarifs, der jeder Sitte und Moral Hohn spricht, Front machen.

Mitzuarbeiten an der Beseitigung dieses notorisch festgelegten Unrechtes wird auch meine Arbeit in Zukunft bleiben im Bewußtsein, damit der Arbeiterschaft in ihrer wirklich freien Entwickelung gute Dienste zu leisten. P.... R....

Nachdem von den Arbeitgebern nun einmal dem sozialdemokratischen Verbande die Monopolstellung im Gewerbe eingeräumt worden war, begnügte er sich nicht mehr mit der Organisierung der erwachsenen Gehülfen, sondern er nimmt selbstredend auch die Lehrlinge unter sein sozialdemokratisches Dach. Von etwa 4000 Lehrlingen im Gewerbe sind rund 3000 in der Lehrlingsabteilung des sozialdemokratischen Verbandes.

Wer etwa den sozialdemokratischen Charakter des Verbandes anzweifeln sollte, der nehme nur die Verbandszeitung zur Hand. Die „Graphische Presse" und eine sozialdemokratische Tageszeitung gleichen sich wie ein Ei dem andern.

Das Schieds- und Einigungsverfahren im Schneidergewerbe, das im Jahre 1910 eine gewisse Regelung erfahren hat, sieht zur Durchführung des Tarifvertrages, sowie zur Schlichtung von Streitigkeiten folgende Instanzen vor: 1) Die Ortsvorsitzenden der Vertragsparteien. 2) Ortsschiedsgerichte. 3) Gauschiedsgerichte. 4) Das Schiedsgericht der Hauptvorstände.

Die Frage, welche von den Gehülfenverbänden Vertreter in die Schiedsgerichte entsenden, hat man mit dem Arbeitgeberverband nicht festgelegt. Als seinerzeit das Abkommen getroffen wurde, erklärten

die Vertreter der Arbeitgeber, in diese Frage mischten sie sich nicht ein, sie überließen das den Gehülfenverbänden. Diese haben nun für die Ortsschiedsgerichte die Sache so geregelt, daß an manchen Orten von Fall zu Fall die Partei die Vertreter stellt, von der die Klage ausgeht. An anderen Orten dagegen haben sich die verschiedenen Gehülfenorganisationen über die zu stellende Vertreterzahl geeinigt. Ueber die Besetzung der Gauschiedsgerichte ist zwischen dem christlichen und dem sozialdemokratischen Schneiderverband vereinbart worden, daß ersterem in fünf von insgesamt fünfzehn Gerichten eine Vertretung einzuräumen ist. Beim Schiedsgericht der Hauptvorstände liegt die Sache so, daß, wenn Klagen des christlichen Verbandes vorliegen, er einen Vertreter hinzustellt. Das gleiche gilt für den Verband Hirsch-Dunckerscher Richtung. Um dieselbe Zahl verstärken in solchen Fällen dann auch die Arbeitgeber die Zahl ihrer Vertreter. Der sozialdemokratische Verband ist also immer vertreten, während die andern Verbände nur von Fall zu Fall vertreten sind.

(Schluß folgt.)

Der Arbeitsmarkt im Holzgewerbe.

(September 1912.)

Während die süddeutschen, insbesondere die bayrischen **Sägewerke** einen sehr flotten Geschäftsgang aufwiesen, hatten die ostdeutschen Werke nach einem Berichte des Vereins ostdeutscher Holzhändler und Holzindustrieller sehr wenig zu tun, was auf die Verschlechterung der Baulage in Berlin, auf die Geldknappheit und auf die schwierige Hypothekenbeschaffung zurückgeführt wird. Die Beschäftigung in der Herstellung von Parkettfußböden war sehr schwach und schlechter als im Vorjahr. Verkürzungen der Arbeitszeit fanden zwar nicht statt, doch mußten die Arbeiter bei Arbeitsmangel kürzere oder längere Zeit aussetzen. Die Herstellung von **Luxuswaren** flaute infolge der vorgerückten Saison etwas ab, dagegen konnten die Werke für Herstellung von **Jalousieen, Holzpflaster** und **Bierfässern** über einen guten Geschäftsgang berichten. Die Lage der **Möbelfabrikation** war zum Teil immer noch sehr schwach. Gegenüber dem Vorjahr hat eine wesentliche Verschlechterung stattgefunden, die zum Teil auf die Ueberproduktion zurückgeführt wird. Andere Berichte aus Groß Berlin bezeichnen die Lage als im allgemeinen befriedigend oder sogar gut. In Süddeutschland hat nach einem Berichte des Verbandes württembergischer Holzindustrieller der bisher gute Geschäftsgang einen Rückgang erfahren und ist noch ruhiger als im Vormonate geworden. Die Herstellung von **Holzleisten** war im allgemeinen normal. Die Berichte aus der **Rohrmöbel-** und **Korbwarenfabrikation** lauten nicht einheitlich. Es war nur zum Teil ausreichend oder zufriedenstellend zu tun. Die **Bürstenfabrikation** konnte im allgemeinen über guten Geschäftsgang und reichlichen Eingang von Aufträgen berichten. Die **Schirmfabrikation** war nach einem Bericht aus Breslau und Berlin wie im Vormonate gut und konnte infolge des schlechten Wetters sogar eine Verbesserung verzeichnen. Die Industrie der **landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte** berichtete über sehr gute Beschäftigung, die gegen den Vormonat eine Steigerung durch die Verzögerung der Erntearbeiten und die starke Beschäftigung in der Industrie erfahren hat. Die zahlreichen Aufträge machten in umfangreicher Weise Ueberarbeit erforderlich. Die Herstellung von **Bandwebstühlen** lag im verflossenen Monat wie im Vormonate sehr darnieder. Sie war im letzten Monat noch bedeutend schwächer wie im Vorjahr um dieselbe Zeit. Schuld daran waren zum Teil die schlechte Lage der Baumwollindustrie im Inland wie auch in letzter Zeit die politischen Wirren im Ausland. Die Beschäftigung in der Herstellung von **Eisenbahnwagen** war zufriedenstellend und erfuhr zum Teil eine Besserung, die auf den Eingang von größeren Aufträgen von Staatsbahnverwaltungen zurückgeführt wird. Die Geschäftslage in der **Automobilindustrie** war zufriedenstellend.

Nach den Berichten der mit dem Reichsstatistischen Amt in Verbindung stehenden **Arbeitsnachweisstellen** kamen im Sept. auf 100 offene Stellen im Holzgewerbe 133 männliche und 102 weibliche Arbeitsuchende. Wie nachstehende Vergleichszahlen ergeben, bedeutet das sowohl gegen den Vormonat, als auch gegen den September 1911 eine nicht unerhebliche Verschlechterung:

Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsgesuche:

Geschlecht	Februar 1911	Februar 1912	März 1911	März 1912	April 1911	April 1912	Mai 1911	Mai 1912
männlich	201	189	201	154	157	170	128	172
weiblich	82	92	82	73	66	77	55	87

Geschlecht	Juni 1911	Juni 1912	Juli 1911	Juli 1912	August 1911	August 1912	September 1911	September 1912
männlich	139	149	131	137	111	117	109	133
weiblich	68	81	103	95	96	84	90	102

Von Seiten der öffentlichen Arbeitsnachweise wird über die Lage des Holzgewerbes in den einzelnen Landesteilen folgendes berichtet: In der Holzindustrie **Berlins** hielt der zu Ende des Vormonats eingetretene Mangel an eingearbeiteten Spezialmöbeltischlern weiter an, zumal erfahrungsgemäß der September zu einem der arbeitsreichsten Monate dieses Berufs zählt. Bautischler waren mit Ausnahme von **Potsdam** (Bau der neuen Luftschiffhalle) sehr wenig begehrt. Auch bei den Böttchern hielt die flaue Geschäftslage an. — Aus **Schleswig-Holstein, Lübeck, Hamburg** wird ebenfalls eine minder günstige Arbeitsgelegenheit gemeldet. — In **Westfalen** hielten sich Angebot und Nachfrage ziemlich gleich. — Im **Rheinland** war die Nachfrage nach Arbeitskräften höher als im Vormonat. — Aus **Mitteldeutschland** wird gemeldet: In **Frankfurt a. M.** wurden am meisten tüchtige Schreiner für Bau- und Möbelarbeiten und lediglich für Ausbesserungsarbeiten verlangt. Für Bauschreiner und [illegible] war die Nachfrage sehr gering. Starke Nachfrage war auch nach Küfern, besonders in den Apfelweinkeltereien. [illegible] arbeitslos waren nur Maschinenarbeiter. In **Mainz** hat, wie das Arbeitsamt mitteilt, die Nachfrage nachgelassen. Nach dem Berichte des christlich-nationalen Arbeitsnachweises in Mainz hielt die schlechte Geschäftslage auf dem Gebiete der Möbelindustrie an; es seien in einzelnen Geschäften erhebliche Arbeiterentlassungen vorgenommen worden. Seit Beginn der Weinlese machte sich auch ein Mangel an Weinküfern bemerkbar. In **Wiesbaden** fehlte es an Schreinern und jungen Küfern. Der Arbeitsnachweis in **Darmstadt** berichtet, daß die Möbelindustrie gut beschäftigt war; für bessere Möbel seien Arbeiter im ganzen Wirtschaftsgebiete gesucht worden, doch konnten nicht alle Stellen besetzt werden. Dagegen war nach dem Berichte des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes in Darmstadt die Nachfrage nach Möbeltischlern sehr gering. Ein ausschlaggebender Betrieb entließ Arbeiter wegen Mangel an genügenden Aufträgen. Auch für Bauschreiner war wenig zu tun. In **Worms** war für Schreiner die Geschäftslage wenig günstig. Bauschreiner konnten schwer untergebracht werden. An Holz- und Kellerküfern herrschte Mangel; die Vorsprechenden waren meist ungeeignet. Bei den Sattlern und Tapezierern war in **Frankfurt a. M.** die Nachfrage etwas geringer. In **Mainz** mußten, um die Nachfrage nach Tapezierern zu decken, eine größere Anzahl zugereister Gehilfen zugewiesen werden. Eine über das Angebot hinausgehende Nachfrage nach Tapezierern bestand in Cassel. In **Worms** hat bei den Sattlern und Tapezierern die Zahl der Arbeitsuchenden wieder etwas abgenommen, die offenen Stellen hielten sich auf gleicher Höhe. — Aus **Bayern** meldet **Augsburg** für Bauschreiner und Wagner einen leichten Rückgang der Beschäftigungsgelegenheit. In **Fürth** war die Lage im allgemeinen befriedigend. In **Lindau** konnten die offenen Stellen für Wagner und Tapezierer nicht alle besetzt werden. **Ludwigshafen** meldet gute Nachfrage nach Schreinern. Weniger befriedigend war der Geschäftsgang für Wagner und Tapezierer. In **Memmingen** fanden Schreiner stets Beschäftigung. In **Nürnberg** war ein Rückgang bei den Wagnern, Tapezierern und Glasern zu verzeichnen. Im Schreinergewerbe sanken die offenen Stellen von 105 auf 40. **Regensburg** meldet für Schreiner noch guten Geschäftsgang. In **Rosenheim** flaute das Holzgewerbe ab. In **München** hat sich die Lage bei den Wagnern und Schreinern verschlechtert; sie war für die Bauschreiner flau, für Möbelschreiner günstiger; gute Nachfrage herrschte nach Schäfflern. — In **Württemberg** war Mangel an Drechslern und Küfern. Ein starker Rückgang der Arbeitsgelegenheit für Schreiner wird aus **Stuttgart** gemeldet. Der Bedarf an Tapezierern ist gestiegen. In **Ulm** war die Nachfrage nach Möbelschreinern ebenfalls eine zufriedenstellende. Die Geschäftslage bei den Drechslern, Korb- und Bürstenmachern war sehr ruhig, wogegen es an tüchtigen Küfergesellen, besonders nach auswärtigen Orten mangelte. In **Heilbronn** konnte die Nachfrage nach Küfern und Glasern nicht gedeckt werden. Ueberschuß bestand an Tapezierern und Schreinern. In **Ravensburg** hat die Vermittlungstätigkeit für Wagner abgenommen. Reichlich Arbeitsgelegenheit bot sich den Glasern. — In **Baden** verzeichnen **Karlsruhe, Konstanz** und **Pforzheim** größeren Bedarf an Küfern; **Weinheim** hatte für das Holzgewerbe sehr schwaches Stellenangebot. In **Baden-Baden, Pforzheim** und **Weinheim** waren Schreiner gesucht. In **Karlsruhe** und **Pforzheim** waren Sattler und Tapezierer, Polsterer und Dekorateure stets begehrt, teilweise war sogar Mangel an solchen Arbeitskräften.

Die **gewerkschaftliche Statistik** gibt folgendes Bild der Arbeitslosigkeit im September (nebst den Vergleichszahlen):

Arbeitslose (am Orte und auf der Reise befindlich) auf 100 Mitglieder am Ende der letzten Woche des Monats.	September 1912 männl.	September 1912 weibl.	September 1912 zus.	Aug. 1912 zus.	Sept. 1911 zus.
Sozd. Bildhauerverband	5,4	—	5,4	5,0	6,6
„ Tapeziererverband	1,8	0,7	1,7	5,8	1,6
„ Glaserverband	5,6	—	5,6	4,3	2,4
„ Holzarbeiterverband	2,4	0,8	2,4	1,8	1,5
H. D. Gewerkverein der Holzarb.	0,9	—	0,9	0,7	0,9
„ „ „ Bildhauer	—	—	—	0,3	0,4
Z. V. christlicher Holzarbeiter	0,7	—	0,7	0,9	0,5

Die **Betriebskrankenkassen** der Holz- und Schnitzstoffindustrie mit 12406 männlichen und 2889 weiblichen Mitgliedern zeigen im Berichtsmonat eine Abnahme von 3 männlichen und von 11 weiblichen Mitgliedern.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 45. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. November fällig ist.

Mitgliedsbücher. Bei Einsendung von Aufnahmescheinen, ist in jedem Fall auf dem Schein selbst zu bemerken was für ein Buch dafür ausgestellt werden soll. (Brauner Umschlag 50 Pfg. Hauptkassenbeitrag; grüner Umschlag 25 Pfg. Hauptkassenbeitrag.)

Zeitungsmehrbestellungen müssen bis spätestens Montag früh in Köln sein; spätere Mehrbestellungen können erst in der darauffolgenden Woche berücksichtigt werden.

Werbekarten. Die erste Auflage der Werbekarten ist vergriffen. Sofort nach Fertigstellung neuer Karten erfolgt Bekanntmachung im Verbandsorgan.

Verlorenes Mitgliedsbuch. Das Mitgliedsbuch Nr. 80637, ausgestellt auf den Namen **Franz Potthoff**, wurde verloren. Das Buch ist für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zuzug ist fernzuhalten von

Tischlern und Maschinenarbeitern nach **Dülken** (Lennartz) **Ibbenbüren, Cleve** (Firma Kleindorp, G. m. b. H.), **Innsbruck, Hattingen** (Vollmer). **Magdeburg** (Nähmaschinenfabrik Mundlos.) **Dinklage** (Maschinenfabrik Holthaus.

Tarifabschluß in Innsbruck. Der Streik der Tischler wurde am 26. Oktober nach 17 wöchentlicher Dauer beendigt. Erreicht wurde eine sofortige 10% Lohnerhöhung für sämtliche Gehülfen. Der Mindestlohn wird von 40 auf 49 h. pro Stunde erhöht. Nach dreijähriger Vertragsdauer wird eine allgemeine Lohnerhöhung von 3 h. pro Stunde gewährt, ebenso wird der Mindestlohn um 3 h. erhöht. Die Bauzulage wird im Stadtgebiete von 20 auf 40 h. pro Tag, und außerhalb desselben von 2 Kronen auf 3 Kronen pro Tag erhöht. Ueberstunden-, Sonn- und Feiertagsarbeit wurde geregelt, und sonstige wichtige Punkte im Vertrage festgelegt. Der Vertragsabschluß erfolgte nur mit dem christlichen Holzarbeiterverband, worüber die Sozialdemokraten natürlich erbost sind. Die christlich organisierten Tischler sind bei Beginn der Lohnbewegnng an die „Genossen" betreffs gemeinsamen Vorgehens herangetreten. Sie wurden aber brutal abgewiesen, weshalb sie beim Abschluße sich eben um die „Genossen" einfach nicht kümmerten. Die Sperre ist über Innsbruck aufgehoben und können Kollegen, die die so herrlich gelegene Gebirgsstadt im schönen Tiroler Lande aufsuchen wollen, jederzeit dort hinkommen und unter günstiger Bedingungen Arbeit erhalten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Gengenbach hat seit Gründung der Zahlstelle noch nie die Spalten unseres Organs in Anspruch genommen. Und doch herrscht hier in der Zahlstelle ein recht reges Leben. Haben wir doch in der verhältnismäßig kurzen Zeit unseres Bestehens eine Mitgliederzahl von bereits 30 erreicht. Es darf wohl gesagt werden, daß diese Zahl in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse, mit denen wir hier zu rechnen haben, eine hohe genannt werden kann. — Der 27. Oktober war für unser Kartell und ganz besonders für unsere Zahlstelle ein bedeutsamer Tag. Hatten wir an diesem Tage doch die Freude, von unserem Kollegen **Hausenbaur**-Freiburg in eine stark besuchten öffentlichen Versammlung den Bericht über den VIII. Kongreß der christl. Gewerkschaften zu hören. In klarem Vortrag versetzte uns der Referent in die wichtigsten Verhandlungen, welche in Dresden vor sich gingen und weckte neue Begeisterung für unsere gute Sache. Die bürgerlichen Kreise von Gengenbach werden durch diese imposante Kundgebung, durch die Fülle der Beweisführung über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften, durch die klaren Ausführungen über die Aufgaben, das Wesen und Wirken unserer Zahlstellen und Verbände im deutschen Wirtschaftsleben manche Vorurteile zurückstellen, ja zurückstellen müssen, wenn sie nur das Wohl des ganzen Volkes ins Auge fassen. Allgemein war das Empfinden, daß diese Versammlung uns wieder einen guten Schritt vorwärts gebracht, sowie nach innen und nach außen gestärkt hat.

Essen. In der Nr. 43 der roten „Holzarbeiter-Zeitung" befindet sich ein Artikel als „Erwiderung" auf den Zahlstellenbericht in Nr. 42 unseres Organs, deren teilweisen Inhalt wir unsern Kollegen nicht vorenthalten wollen. Auf die sachlichen Darlegungen unserseits wußten die „Genossen" nichts zu erwidern. Deshalb ließen sie folgenden Erguß vom Stapel:

„Das Verhältnis zwischen den Mitgliedern unseres Verbandes und den Christen spitzt sich immer mehr zu. Schuld an den unleidlichen Zuständen tragen ausschließlich die Christen, die eine Agitation entfalten, wie man sie unanständiger kaum denken kann. Sie schrecken vor den abscheulichsten Mitteln nicht zurück, wenn sich ihnen die Möglichkeit bietet, dem Gegner etwas am Zeug zu flicken. So ist es bald nicht mehr möglich, eine Werkstattbesprechung mit den Christen abzuhalten, ohne daß diese am anderen Tage alle Vorkommnisse brühwarm dem Arbeitgeber hinterbringen. Verrat und Denunziation, das sind die Waffen, mittels deren die Christen im Ruhrgebiet ihre Stellung zu behaupten suchen."

In diesem Stile geht es weiter. Es hieße unsere Kollegen beleidigen, wollten wir sie gegen derartige Nichtsnutzigkeiten auch nur im geringsten verteidigen. Die Tatsachen reden — das ist auch dem roten Artikelschreiber sehr wohl bekannt, — denn doch eine andere Sprache. Nur die helle Wut darüber, daß die Genossen im hiesigen Bezirk im Punkte Mitgliederzahl einige Pferdelängen hinter uns hermaschieren müssen, spricht aus jeder Zeile. Man scheint im roten Lager übrigens schon nach der angekündigten Methode handeln zu wollen. Wenigstens konnten wir ähnliches gelegentlich einer kürzlich stattgefundenen Schlichtungskommissionsitzung feststellen. Im Interesse der gesamten Essener Kollegenschaft haben wir für diesmal geschwiegen, um nicht den Arbeitgebern das Schauspiel der Uneinigkeit zu bieten. Fassen die „Genossen" jedoch künftig wieder einmal irgendwelche Beschlüsse ohne unser Zutun, so mögen sie auch allein für die Durchführung Sorge tragen. Unsern Kollegen aber empfehlen wir die vorstehenden Anpöbelungen, die sich die Genossen ohne jeden ersichtlichen Grund uns gegenüber glaubten gestatten zu dürfen, der genauesten Beachtung. Mögen alle daraus die richtigen Lehren ziehen.

Uerdingen. Eine Agitations-Versammlung fand hier am Mittwoch, den 30. Oktober statt. Trotz des sehr schlechten Wetters war eine ganz ansehnliche Anzahl Kollegen erschienen. Es wurde allgemein freudig begrüßt, daß ein Kollege referierte, der mit unseren Verhältnissen sehr gut vertraut war: Kollege **Werber**-Brühl. Redner erläuterte die Arbeitsweise in den Waggonfabriken und [illegible]ierte die Uebelstände, die hier angetroffen werden. Des weiteren schilderte er unsere Aufgaben jetzt und für die Zukunft im Verbande. Es wurde dann beschlossen, die Hausagitation, welche schon seitens des Ortskartells eingesetzt hat, mit allen Kräften zu fördern. Zum Schluß wurde der Wunsch laut, unseren Referenten bald einmal wieder bei uns zu sehen.

Danzig. Wir machen auch an dieser Stelle aufmerksam auf die am 14. November stattfindende Gewerbegerichtswahl. Jedes Mitglied, welches 25 Jahre alt ist, und in Danzig und dessen Vororten wohnt oder arbeitet, muß zur Wahl gehen. Die Liste unserer Kandidaten ist die **Liste Nr. 1** und darf nur ein Stimmzettel auf dem „Liste Nr. 1" steht, abgegeben werden. Sämtliche

Verbandsmitglieder versammeln sich nach der Wahl im Josephshaus. Jeder muß sein Buch zur Kontrolle mitbringen. Das Buch erhält einen Stempelvermerk.

Papenburg. Am Sonntag den 13. Oktober hielten wir eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Christliche und sozialistische Arbeiterbewegung: Referent war Kollege Böhmeke-Hannover. Kollege Böhmeke verstand es vorzüglich, Klarheit zu schaffen über den Unterschied zwischen den Bestrebungen und Zielen der christlichen und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Diese Bewegungen sind es, die in der heutigen Zeit den Arbeiterorganisationen das Gepräge geben. Der Dresdener Gewerkschaftskongreß hat wiederum gezeigt, welche Bedeutung die christliche Gewerkschaftsbewegung gewonnen hat. Deutschland hat heute die stärkste Arbeiterbewegung der Welt, — eine Folge der wirtschaftlichen Umwälzung. Aus einem landwirtschaftlichen ist ein Industriestaat geworden, — das Nationalvermögen gewaltig gestiegen. An der Vermehrung des Kapitals ist der Arbeiter stark beteiligt. Deshalb ist er auch berechtigt, seinen Anteil an der Aufwärtsbewegung zu beanspruchen, um sich und seiner Familie eine bessere Lebenshaltung zu ermöglichen. Auch muß er in der Heimat Brot und Arbeit finden. Es muß anerkannt werden, daß dieses der Fall ist. Trotz des Zuwachses der Bevölkerung findet der größte Teil der deutschen Lohnarbeiter in der deutschen Industrie Beschäftigung. Es ist beschämend, wenn versucht wird, billigere, ausländische Arbeitskräfte einzuführen, während vom deutschen Arbeiter Steuer verlangt wird, er im Notfall mit Blut und Leben für das Vaterland eintreten muß. An dem materiellen Aufschwung muß er Anteil haben, damit er Lust und Liebe und Interesse an der Arbeit behält. Geschieht das nicht, dann muß es zum Schaden der deutschen Industrie ausschlagen. Die christlichen Gewerkschaften suchen auf friedlichem Wege ihre Rechte zu erreichen. Es ist verkehrt, den Klassenkampf zu schüren, wie es die sozialdemokratischen Organisationen tun. Obgleich der Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens eine Tatsache ist, die die Sozialdemokratie ins Gesicht schlägt, halten die sozd. Führer an falschen Theorien fest. Sie müssen es, weil ihnen sonst die Massen davonlaufen. Sollten einmal Angehörige der sozd. Partei sich gegen die sozd. Theorien wenden und praktische Gewerkschaftsarbeit verlangen, dann wird diesen der Brotkorb höher gehangen. Dennoch geht ein großer Riß durch die Sozialdemokratie. Der letzte Parteitag in Chemnitz hat gezeigt, daß das Lehrgebäude der Sozialdemokratie zusammenzubrechen droht. Wenn die Sozialdemokratie die wahre Volksbeglückerin wäre, dann sollte meinen, müßten im roten Sachsen die besten Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen, aber das Gegenteil ist wahr. Redner widerlegte dann noch den Vorwurf, die christlichen Gewerkschaften seien Zentrumsgewerkschaften. — Die Roten hatten es mit ihrem Besuche „beehrt" und da freie Aussprache zugesagt war, sollte man meinen, daß die Herren „Genossen" sich doch wenigstens zum Wort gemeldet hätten. Aber nichts davon. Als eine Pause von fünf Minuten stattfand, nahmen die Herren „Genossen" Reißaus. Als in der Diskussion der Wunsch ausgesprochen wurde, daß auch Gegner sich zum Worte melden möchten, waren die „Genossen" mit ihren Führern verschwunden. Man sieht hier wieder deutlich: wenn es heißt, Farbe bekennen, dann kneifen die Weltverbesserhelden aus, dann ist die sozialdemokratische Weisheit am Ende. Daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Papenburg dem Untergang geweiht sind, bekundet schon jener Rückzug. Daher auch die Uebertritte aus dem roten Lager. Die Papenburger Arbeiter lassen sich eben nicht mehr am Narrenseil ziehen. Sie wollen auch Taten sehen. Diese fehlen vollständig. Was bisher an Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen am Orte erzielt wurde, ist sämtlich das Verdienst der christlichen Gewerkschaften.

Tapezierer.

Zürich. Zu den Terrorblüten dieses Jahres scheinen die sozialdemokratischen Tapezierer Zürichs auch ihren Teil beitragen zu wollen. Am Montag, den 28. Oktober, früh, traten die in der Möbelfabrik Keller beschäftigten Genossen in den Ausstand. Als Grund wurde die Wiedereinstellung eines den sozd. Tapezierern mißliebigen christlichen Gewerkschafters angegeben. Es ist nicht zu verstehen, wie ein solcher Schritt getan werden konnte, da der Winter vor der Türe steht und 17 christlich organisierte Tapezierer bei der Firma beschäftigt sind. 5 Genossen haben denn auch der Aufforderung zum Ausstand nicht Folge geleistet. Die Firma fühlte sich nun auch garnicht veranlaßt, dem perfiden Verlangen der Genossen nachzugeben, und entließ die in den Ausstand Getretenen. Die Leidtragenden mögen sich nun bei ihren gewissenlosen Führern bedanken, die diese Niederlage verschulden und ihre eigenen Kollegen ums Brot brachten. Es waren nun kaum 24 Stunden seit der Arbeitsniederlegung verflossen, da erschien der Sekretär des sozd. Holzarbeiterverbandes, um die Wiedereinstellung der Ausständigen zu erwirken. Dieses Verlangen wurde aber abgewiesen. So fand dieser überstürzte Streik ein für die Genossen recht klägliches Ende. — Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück.

Krankengeldzuschußkasse.

Adressenveränderungen.

Laupheim. Kassierer Eugen Taubert, Rabenstraße 59.
Höchst. Kassierer Phil. Roth, Oberfeldstraße 7.

Gewerkschaftliches.

Wie paritätische Arbeitsnachweise in der Praxis aussehen. Man schreibt uns: In Celle besteht nach dem Vorbilde einer Reihe von Orten, ein sogenannter „paritätischer Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe". Die „Parität" existiert indes nur dem Namen nach. In Wirklichkeit ist es weiter nichts als eine Monopolstellung des sozd. Holzarbeiter-Verbandes, zu der noch der Arbeitgeberschutzverband verholfen hat. Die Arbeitsvermittlung des Nachweises geschieht im sozd. Gewerkschaftshause. Nicht etwa hier in einem separaten Zimmer, sondern im Gastzimmer, wo Partei- und Gewerkschaftsgenossen am meisten verkehren. Die Arbeitsvermittlung findet nicht am Tage statt wo wenig Verkehr in dem Gastzimmer ist, sondern gerade in den Abendstunden, wo der ganze Raum fast immer von „Genossen" gefüllt ist. Endlich geschieht, wie ja auch kaum anders denkbar, die Vermittlung durch einen „Genossen". Der Vertreter der Arbeitgeber ist bis heute der Vermittlung fern geblieben.

Die erste Frage die an den Arbeitsuchenden gestellt wird, bezieht sich auf die Verbandszugehörigkeit. Bei Eintragung in die Liste der Arbeitsuchenden wird das Verbandsbuch verlangt. Sämtliche organisierten Arbeitgeber sind verpflichtet, ihre Leute nur durch diesen Arbeitsnachweis zu beziehen. Für die übrigen Arbeitgeber soll eine Gebühr festgelegt werden. Wohin das Geld fließt, ist uns unbekannt.

Dieser Arbeitsnachweis ist durch den sozd. Holzarbeiterverband und den Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe errichtet worden. Der Nachweis ist so eine Waffe in der Hand der „Genossen" gegenüber Unorganisierten sowie Andersorganisierten. Und daß die Genossen die Gelegenheit richtig ausnutzen, dafür bürgt uns ihre Geschichte. Die zuziehenden Holzarbeiter, die den Arbeitsnachweis benutzen — und das müssen sie ja — werden so in das rote Lager gedrängt. Ohne den Nachweis werden die Arbeitssuchenden schwerlich Arbeit erhalten.

Bei der bevorstehenden Tarifbewegung wird es Aufgabe unserer Kollegen sein müssen, solchen Mißständen ganz energisch auf den Leib zu rücken. Daß die Gesetzgebung hier Gelegenheit hätte, einzugreifen, steht wohl für alle, die den „paritätisch-obligatorischen" Arbeitsnachweis kennen, außer Frage.

Ein Dokument der Schande! Ein altes Verbandsmitglied, das seit Jahren unentwegt treu zu unserer Organisation gestanden hat, war aus besonderen Gründen gezwungen, seinen Wohnsitz nach einer Stadt zu verlegen, wo bis dato christliche Gewerkschaften noch unbekannt sind. Seiner Anmeldung als Einzelmitglied bei der Zentralstelle des Verbandes, folgt die Zusendung des Verbandsorgans. Dann erhielt die Zentralstelle folgendes Schreiben:

„Auf die Zeitungssendung Bezug nehmend, teile ich ergebenst mit, daß ich gezwungen worden bin, hier in den anderen Verband überzutreten. Versichere aber, sobald ich wieder nach H. komme, ich sofort wieder übertrete. Leider muß ich bei meinem Alter froh sein, eine Stellung zu haben und konnte ich nicht auf's Ungewisse wieder aufhören mit der Arbeit. Es tut mir selbst leid. Hochachtungsvoll N. N."

Wer der „andere Verband" ist, ist unschwer zu erraten. Das war wirklich kein Heldenstück, was hier die „Genossen" leisteten. Einen alten Mann, entgegen seiner Gesinnung und bei Verlust der Arbeit zu zwingen überzutreten, ist eine solch gemeine Tat, wie sie nur Sozialdemokraten fähig sein können. Die beste Antwort auf derartige „freiwillige" Uebertritte in den sozialdemokratischen Verband, ist eine intensive Aufklärungsarbeit unserer Kollegen unter jenen christlich gesinnten Arbeitern, die aus Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit im roten Lager stehen. Diese Aufklärungsarbeit muß dazu führen, daß einem zwangsweisen Uebertritt in den roten Verband fünf Uebertritte in die christliche Organisation folgen.

Der Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter hielt vom 20. bis 23. Oktober in Hannover seine sechste Generalversammlung ab. Aus dem Jahresberichte ergibt sich, daß der Verband in den Jahren 1910/11 eine Mitgliederzunahme von 2415 hatte und mit 16267 Mitgliedern abschloß. Die Einnahmen betrugen 587066,42 M. und die Ausgaben 554425,91 M. Der Verbandskassenbestand betrug am 1. Januar d. J. 72079,38 M. An Lohnbewegungen und Streiks waren 11299 Mitglieder beteiligt. Die erreichten Lohnerhöhungen betrugen 723639,42 M., die Arbeitszeitverkürzung 458794 Stunden. Der bisherige Zentralvorsitzende Oswald erklärte in Rücksicht auf seine Arbeiten im Interesse der bayerischen Staatsarbeiter als Abgeordneter auf eine Wiederwahl als Zentralvorsitzender verzichten zu müssen. Es wurde beschlossen, die Staats- und Gemeindearbeiter von den Industriearbeitern zu trennen und für diese Arbeiter einen eigenen Verband zu bilden. Der neue Titel des Verbandes für Industrie- und Verkehrsarbeiter soll in Zukunft lauten: Zentralverband christlicher Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter Deutschlands. Für die Militär-, Forst-, Gemeindearbeiter und Straßenbahner sollen in der nächsten Zeit eigene Konferenzen stattfinden, in welcher die neue Organisationsform festgelegt werden soll. Der Verbandstag nahm eine Reihe organisatorischer Reformen vor. So wurde neben den regelmäßigen Wochenbeiträgen der Bezirksbeitrag allgemein auf 10 Pfg. pro Woche festgelegt und die Unterstützungen in einigen Positionen erhöht. — Zum ersten Vorsitzenden des Verbandes wurde der bisherige zweite Vorsitzende Tremmel und zum zweiten Vorsitzenden der Bezirksleiter Kuhn-Frankfurt gewählt. Die Redaktion des Verbandsorgans bleibt in den Händen des bisherigen Redakteurs Frankenberg. — Der Sitz des Verbandes soll in Aschaffenburg bleiben. Auf der Generalversammlung wurden auch zwei Vorträge gehalten, und zwar über: „Die Bedeutung der Tarifverträge für den Verband" und „Die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter in der chemischen Industrie und die Aufgaben der Gesetzgebung diesen Gefahren gegenüber." Zum letzten Vortrage wurde eine entsprechende Resolution angenommen. Als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wohnte Reichstagsabgeordneter Kollege Schiffer den Verhandlungen bei.

Hirsch-Dunckersche Neutralität. Das Organ des Hirsch-Dunckerschen Tabakarbeiterverbandes, der „Deutsche Tabakarbeiter", bringt in seiner Nr. 21 vom 11. Okt. unter der Ueberschrift „Bringt Licht in die Köpfe", einen Artikel, der eine ganz gemeine Beschimpfung der evangelischen und katholischen Kirche enthält. Der Artikel ist dem Hirsch-Dunckerschen Blatte „Der Fabrik- und Handarbeiter" entnommen und wird von dem „Deutschen Tabakarbeiter" deshalb nachgedruckt, weil es nach der Meinung der Redaktion dieses Blattes „ein schöner Artikel" ist.

„Während Millionen", so heißt es in dem Sudelartikel, „in heißem Mühen sich gegen die Erschwerung ihrer Lebenshaltung wehren, suchen weltliche und geistliche Machthaber nach Mitteln, dem Volke das Denken abzugewöhnen. Weltliche und geistliche Reaktion fand sich noch immer sehr schnell zusammen im Kampf gegen Freiheit und Fortschritt .... Und auf Knebelung der Geister arbeitet alles hin, was die Macht in sich dazu spürt, gleichviel, ob wir die alleinseligmachende, die sogenannte gereinigte Kirche oder gar die Dogmen der Zukunftsstaatler vor uns haben.

Rom ruft, und die Römlinge im deutschen Reich treten an zur Hatz gegen alles, was nach Aufklärung und Volksbildung verlangt. Die Jünger Loyolas rühren sich."

Nachdem dann eine nicht wiederzugebende Begeiferung der kath. Kirche gefolgt ist, wird die protestantische Kirche wie folgt hergenommen:

„. . . Derselbe wüste Zelotengeist, wie er der katholischen Kirche eigen, hat auch in der evangelischen Kirche Einzug gehalten; das Muckertum beherrscht sie. Das Muckertum, das die Welt und ihre gewaltige Humanitätsarbeit 400 Jahre zurückschrauben möchte in jene Zeit, wo man an Zauberei und andern Unsinn glaubte, wo man nicht hunderte, nein tausende katholischer wie lutherischer Weiber auf die Scheiterhaufen führte und als Hexen verbrannte! Wer sich nicht heute noch zu den Glaubensätzen Luthers bekennt, die dieser vor 400 Jahren als evangelische Wahrheit verkündete, der wird vom hohen Oberkirchenrat geächtet und des geistlichen Lehramts für unwürdig erklärt. Wir brauchen nur die Namen Jatho und Traub zu nennen, die man ihrer „Irrlehren" wegen aus Amt und Brot verstieß. Kirche und Kultus, die den Menschen zu Tugend und Sittlichkeit erziehen, edle Menschlichkeit in ihm pflegen und im Geschöpf den Schöpfer zu ehren gebieten, genügen den modernen Glaubenswächtern nicht. „Ihr habt nur auf das Apostolikum zu schwören, und das Denken euch abzugewöhnen! Das ist der Rechtsspruch der Kirchensäulen von heute, die in dem Augustinermönch Dr. Martin Luther den evangelischen Papst verehren . . ." „Noch hat man nur erst vereinzelt erkannt, noch fehlt den Massen die Einsicht, daß das Christentum von heute weit ab geraten ist von den Lehren seines Stifters. Die Kirche hat es verstanden, ihre Lehre auch den Großen dieser Erde schmackhaft zu machen, wenn sie sagt: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!" Heute dürfen auch Reiche hoffen, ins Himmelreich zu kommen, ohne das Kamele durchs Nadelöhr gehen, wenn sie sich nur der Kirche gegenüber nicht knauserig zeigen. Es gilt also, noch viel Licht in die Köpfe zu bringen." „Licht in die Köpfe! Dem hellen Hirn kommt kein Jesuit zu nahe; denn Nachtfalter scheuen das Licht, auch die Zeloten im Oberkirchenrat nötigen ihm höchstens ein Lächeln ab und die Klassenkampfsanatiker ein Achselzucken; aber an diesem Licht, an dieser Erleuchtung fehlt es noch allerwärts . . ."

Und die Vertreter dieser Gewerkschaften nennen ihre Bewegung „parteipolitisch und religiös wirklich neutral."

Wie die christlichen Gewerkschaften verdächtigt werden! Die Sozialdemokraten treiben durch ihren skrupellosen Terrorismus den Scharfmachern soviel Wasser auf ihre Mühlen, daß ihnen selber manchmal angst und bange wird. Andererseits gehen die sächsischen Gewerkschaftssozialisten mit denselben Unternehmern Arm in Arm, wo sie sich davon eine Förderung und Unterstützung ihrer „freien" Verbände versprechen. Die immer häufiger auftretenden Monopolverträge beweisen das. In Sachsen, dem roten Königreich, wo rund die Hälfte aller gewerblichen Arbeiter den sozialdemokratischen Gewerkschaften angeschlossen ist, bestehen für die Arbeiter inbezug auf Lohn, Arbeitszeit, rechtliche Stellung usw. bekanntlich mit die unzulänglichsten Verhältnisse. Von Zeit zu Zeit müssen die sozialdemokratischen Gewerkschaften die Aufmerksamkeit von diesen traurigen Dingen ablenken. Den Blitzableiter bilden dann in der Regel die christlichen Gewerkschaften. Es ist verständlich, wenn sich in Sachsen die Arbeiter jetzt immer zahlreicher den christlichen Gewerkschaften anschließen, um praktische Standesarbeit zu leisten. Nachdem der in Dresden abgehaltene christliche Gewerkschaftskongreß diese Entwicklung noch begünstigt hat, möchte die sozialistische Presse die christlichen Gewerkschaften in Sachsen von vornherein in Mißkredit bringen. Fast gleichlautende Artikel mit dieser Tendenz bringt u. a. der „Textilarbeiter" und der „Grundstein". Das „Korrespondenzblatt" der Generalkommission" der sozialdemokratischen Gewerkschaften überschreibt diesen seinen Artikel in Nummer 42 „Mit Hilfe der Arbeitgeber". Danach habe eine christliche Gewerkschaftsversammlung in Bautzen durch eine Resolution zum Eintritt in gelbe Vereine aufgefordert und weil in einer von Leitern konfessioneller und militärischer Vereine einberufenen Versammlung der christliche Gewerkschaftssekretär Voigt-Dresden ein Referat übernommen hatte, sei „festgestellt, daß die christlichen Gewerkschaften nicht nur Hand in Hand mit der Kirche, sondern auch mit den Unternehmern gehen!" Um solche Verdächtigungen recht zu verstehen, muß daran erinnert werden, daß die sächsischen Genossen sich letzthin noch den „besten Kenner der christlichen Gewerkschaften", wie sie ihn selbst nannten, Dr. Erdmann-Köln kommen ließen, um in Bautzen und anderen Orten den christlichen Gewerkschaften das Licht auszublasen. Das Gegenteil ist eingetreten. Fast täglich treten im Bautzener Revier christliche Arbeiter aus den sozialistischen Verbänden aus und in die christlichen Gewerkschaften ein. Die sozialdemokratischen Bautzener Schauermär bildete übrigens schon vor 18 Wochen wiederholt den Gegenstand von Besprechungen in Versammlungen und in Zeitungsartikeln. Wenn jetzt die sozialdemokratische Presse, ja selbst das „führende" Organ der „freien Gewerkschaften den alten Kohl wiederkaut, so kommt es damit reichlich post festum und die Sache bleibt doch was sie ist: Roter Schwindel aus Bautzen.

Soziale Rundschau.

Die Nahrungsmittelverfälschung. In der Nahrungsmittelbeschaffung leidet die große Masse des Volkes nicht nur unter der großen Teuerung; die ärmeren Volkskreise haben auch weiter unter einer sehr weitgehenden Nahrungsmittelverfälschung zu leiden. Es gibt kaum ein Nahrungsmittel, bei dem nicht schon Fälschungen und zum Teil solche, die gesundheitlich von schwerem Schaden sind, festgestellt worden waren. Professor Matthes in Jena hat einmal berechnet, daß in Deutschland allein für gewässerte Butter jährlich 30 Millionen Mark zu viel bezahlt werden. Die Verwässerung der Butter ist aber nur eine einzige Art der Butterverfälschung. Wenn schon eine einzige Art der Butterverfälschung der deutschen Bevölkerung so große Summen kostet, so läßt sich ahnen, wie groß die Summen sein mögen, um die die Bevölkerung bei der Nahrungsmittelverfälschung betrogen wird. In Berlin entdeckte jüngst die Kriminalpolizei ein Unternehmen, das in großem Umfange „Naturbutter" in den Handel brachte, die

weiter nichts als schlechte Margarine war. Diese Butter wurde nicht in den Verpackungen verschickt, die für die Margarine vorgeschrieben sind, sondern in Verpackungen, die Naturbutter vortäuschen sollten.

Welche Nahrungsmittel und Genußmittel wir auch betrachten mögen, ob es Spirituosen, Tabake, Kaffee, Milch, Gewürze, Hackfleisch, Wurstwaren, Käse, Butter, Speiseöl, Tee, Marmeladen, Fruchtsäfte, Limonaden, Konserven, Graupen, Gries, Makkaroni, Honig usw. sind, überall sind Fälschungen nachgewiesen worden. In einer großen Kafferösterei in Frankfurt a. M. wurde vor kurzem ermittelt, daß den gerösteten Kaffeebohnen bis zu 35 Prozent des Gewichts geröstete Lupinen beigesetzt waren, die im gerösteten Zustande den gebrannten Kaffeebohnen ähnlich sind. Im Kaffeehandel kommen aber auch noch andere Fälschungen vor. So enthalten die Kaffeemischungen, die namentlich von den armen Volksklassen gekauft werden, oft nur einen ganz geringen Prozentsatz von Bohnenkaffee. Ganz besonders häufig wird der billige Käse gefälscht und zwar durch Beisetzung von Kartoffeln. Die Nahrungsmittelverfälschung hat eine so weite Verbreitung gefunden, daß darüber in einem kurzen Aufsatz gar nicht ausreichend referiert werden kann; alle die verschiedenen Arten der Nahrungsmittelverfälschung darzustellen, würde nur in einem dickem Buche möglich sein. Vielfach werden die Nahrungsmittel schon beim Produzenten verfälscht, häufig aber auch erst beim Kleinhändler. Auch soweit nicht direkt von einer Verfälschung gesprochen werden kann, werden den Nahrungsmitteln oft Substanzen beigefügt, die für die Gesundheit eine schädliche Wirkung haben, namentlich werden den Nahrungsmitteln Präparate beigefügt, die verdecken sollen, daß die Nahrungsmittel bereits ungenießbar geworden sind. In solchen Fällen wird wohl äußerlich verdeckt, daß die Nahrungsmittel bereits verdorben sind, aber die Schädlichkeit für den Genuß bleibt deshalb doch bestehen. Trifft es schon auf viele anderen Arten des Schwindels und Betruges zu, daß darunter die ärmere Bevölkerung am meisten zu leiden hat, so ist dies bei der Nahrungsmittelverfälschung ganz besonders der Fall; denn die wohlhabenden Bevölkerungskreise beziehen ihre Nahrungs- und Genußmittel fast immer aus solchen Geschäften, in denen eine bessere Gewähr gegen die Verfälschung der Waren vorausgesetzt werden kann. Namentlich in Hinsicht auf die große Verteuerung der meisten Lebensmittel ist eine bessere Ueberwachung der Lebensmittel dringend geboten.

Die Tagung des Bundes deutscher Bodenreformer in Posen vom 4. bis 7. Oktober hat erneut bewiesen, daß dieser Bund, der es erstrebt, unabhängig von parteipolitischen und religiösen Fragen im Interesse des ganzen Volkes durch die von ihm vertretenen volkswirtschaftlichen Grundsätze die öffentliche Meinung aufzurütteln, in steigendem Maße an Bedeutung gewinnt. Der Bund hat — die Zahl der körperschaftlichen Mitglieder mitgerechnet, worunter Beamten-Lehrervereine, christliche Gewerkschaften und Kommunalverbände — bereits etwa eine Million und zweimal hunderttausend Anhänger, und die Einnahmen sind in einem einzigen Jahre etwa auf das Vierfache gestiegen! Aus der Geschäftsstelle, Berlin, Lessingstraße 11, gelangte eine ungeheure Zahl von Drucksachen — nicht zum mindesten Damaschkes Lehrbuch „Die Bodenreform“ — zur Versendung, und man sieht, daß die Agitation überall auf fruchtbaren Boden fällt. Professor Dr. Kraft sprach auf der Tagung als Arzt und Hygieniker und brachte eine erdrückende Fülle wissenschaftlich begründeten, statistischen Materials bei, welches dem größten Optimisten in bezug auf die Wohnungsfrage klar machen mußte, daß es so wie bisher im Deutschen Reiche nicht weiter gehen könne! Professor Dr. Emans behandelte die Frage des Erbbaurechtes; Professor Dr. Rein-Jena das Thema „Jugenderziehung und Bodenreform“. Der Vorkämpfer der Bodenreform Damaschke hielt eine Programmrede über die Reichsbesitzsteuer, die eine Grundrentensteuer sein müsse. Eine überfüllte öffentliche Volksversammlung während der Tagung brachte einen vollen Erfolg und 180 neue Mitglieder. Alles in allem steht fest, daß die Bodenreform in deutschen Landen marschiert. Notwendig wird sein, das Verständnis für ihre vielseitigen volkswirtschaftlichen und sozialethischen Aufgaben in den weitesten Kreisen nicht nur anzuregen, sondern durch tieferes Eindringen auch weit mehr als bisher zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion zu machen.

Die Justiz der roten Klassenkämpfer. Bekanntlich wettern die Sozialdemokraten in Wort und Schrift gegen die „Klassenjustiz“ des Gegenwartsstaates. Jedes Urteil, welches über Sozialdemokraten von einem deutschen Gerichtshof gesprochen wird, wird von den Sozialdemokraten als „Klassenurteil“ bezeichnet und agitatorisch ausgebeutet. Vor einigen Wochen hatte man nun Gelegenheit, die Praxis und die Urteilsfähigkeit eines sozialdemokratischen Parteigerichts zu beobachten. Der Angeklagte war der „Genosse“ Hildebrand. Sein Verbrechen bestand darin, daß er in Wort und Schrift u. a. zugab, daß Deutschland von allen Ländern mit am besten regiert würde; ferner, daß Deutschland Militär braucht, und daß die deutsche Regierung die Pflicht habe, dafür zu sorgen, daß der deutsche Kaufmann seinen Platz an der Sonne behalte. Wegen dieser, übrigens sehr vernünftigen Erkenntnis Hildebrands wurde derselbe in Anklagezustand versetzt und vor ein rotes Tribunal zitiert. Der Gerichtshof trat zusammen. Der Gegenstand des Verbrechens war ihm unbekannt! Der Staatsanwalt, Parteisekretär Ludwig—Hagen, las das Hauptwerk Hildebrandts vor und zwar holperig, stotternd, da ihm der Gedankengang, die geistige Höhenlage vollkommen fremd war. Verurteilt aber wurde der Genosse. Das Urteil lautete: Ausstoßung aus der Partei! Wenngleich die Richter des roten Gerichtshofes ihre geistige Besitzlosigkeit dadurch offenbarten, daß sie noch nicht einmal ein Buch ordentlich vorlesen, geschweige denn objektiv prüfen können, verurteilten sie dennoch den Verfesser dieses Buches. Die Berufungsinstanz, die 500 Genossen des Parteitages, hatten das letzte Wort. Rechtsanwalt Heine erklärt, es sei skandalös, daß noch keine 10 „Genossen das Buch, den eigentlichen Tatbestand kännten, aber trotzdem urteilten! Hildebrand war schon verurteilt, ehe die „Genossen“ nach Chemnitz fuhren, die Sache war bereits unter der Hand abgemacht. Hat ein „Genosse“ wirklich Geist oder macht er gar Gebrauch davon, so wird er unnachsichtlich vor ein rotes Tribunal gezogen und in kürzester Frist abgehalftert. Das hat ein Schippel, ein Calwer, ein Bernhard, Braun und jetzt Hildebrand erfahren müssen. Sie wissen nunmehr auch, was andere schon längst wußten, nämlich: daß die sozialdemokratische Partei unter Freiheit, Fortschritt und Kultur eigentlich nur die Herrschaft des Phrasen- und des Wortatleihentums versteht.

Arbeitslosigkeit und Teuerung. Hie und da in deutschen Landen raffen sich die Stadtväter auf und beschließen, daß angesichts der wachsenden Teuerung seitens der Stadtverwaltungen etwas unternommen werden müsse, um die Not zu lindern. Die meisten derartigen Beschlüsse beschränken sich darauf, die Staatsregierung auf den herrschenden Notstand hinzuweisen und Abhilfe zu fordern. Nur selten findet sich die Absicht, durch selbständige praktische Maßnahmen der Teuerung entgegenzuwirken. Man gibt sich eben auch in den Stadtparlamenten vielfach der trügerischen Hoffnung hin, daß die Teuerung eine „vorübergehende Erscheinung“ sei, die bald wieder regelmäßigen Preisverhältnissen weichen muß. Dieser Optimismus ist schon längst durch die fortwährende Zunahme der Teuerung Lügen gestraft worden. Im kommenden Winter wird sich aber erst in vollem Umfange zeigen, welche Gefahr die Teuerung für unsere gesamte Volkswirtschaft und besonders für die weniger bemittelten Schichten der Bevölkerung bedeutet. Erfahrungsgemäß bringt schon der Monat November erhebliche Steigerung der Arbeitslosigkeit, die in den Monaten Dezember bis Februar ihren Höhepunkt erreicht und auch im Monat März nur leichte Abschwächung aufweist. Je nach dem allgemeinen Stande der gewerblichen Lage sind, nach den Ausweisen der deutschen Fachverbände, in den Monaten Dezember bis Februar 1,6 bis 4,4 Prozent aller Verbänden angehörenden Arbeiter arbeitslos. In den Großstädten erhöht sich die Arbeitslosigkeit noch weit stärker. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Verbänden angehörenden Arbeiter verhältnismäßig weniger der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind als die anderen. Von den einzelnen Berufsgruppen stellen sich wiederum die Bauarbeiter, Bauhandwerker und ungelernten Arbeiter den stärksten Prozentsatz der Arbeitslosen. Wenn auch im laufenden Jahre die Gesamtlage im allgemeinen sich befriedigend entwickelt hat, so ist doch nicht zu verkennen, daß der Andrang am Arbeitsmarkte schon in den Sommermonaten stärker war als im Vorjahre, und daß in den Großstädten fast dauernd auffallendes Ueberangebot von Arbeitskräften festgestellt wurde. Infolgedessen muß angenommen werden, so schreibt die K. B., daß die Arbeitslosigkeit im Winter diesmal größer sein wird als im Vorjahre. Was aber bedeutet es für eine Arbeiterfamilie, wenn in [...] Zeit der Ernährer Wochen und Monate hindurch arbei[...] ist? Davon kann man sich einen ungefähren Begriff ma[...] wenn man sich vergegenwärtigt, in welcher Gangart [...] Kosten der Lebenshaltung im Laufe des letzten Jahres [...] stiegen sind. Im Monat August 1912 berechneten sich [...] Kosten des Nahrungsmittelaufwandes für eine vierkö[...] Arbeiterfamilie, Eltern und zwei Kinder, auf 26,66 [...] die Woche. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahre [...] Steigerung der Haushaltskosten um 2,01 Mark die W[...] Gleichzeitig sind aber auch die Preise für Brennstoffe, [...] Wohnungsmieten und auch die Steuern und Abgaben [...] stiegen. Die Teuerung macht auch gegenwärtig noch [...] schritte. Ein Kilo Schweinefleisch kostete nach den Ausw[...] von 50 preußischen Städten im Monat September [...] durchschnittlich 185,8 Pfg., gegen 148,7 Pfg. im Vorj[...] Der Preis für 1 Kilo Rindfleisch ist gleichzeitig von 1[...] auf 194,4 Pfg. gestiegen. Kalbfleisch kostete im Septe[...] 1912 durchschnittlich 205,1 Pfg., gegen 186,6 Pfg. im [...] jährigen Parallelmonat. Der Preis für Schweinefleisch [...] höhte sich von 170,3 auf 205,1 Pfg. das Kilo. Sogar [...] Preis für Pferdefleisch ist im letzten Jahre um 8,8 Pfg. [...] Kilo gestiegen. Hat die zunehmende Teuerung schon w[...] Schichten der Bevölkerung das Sparen eines Notpfen[...] unmöglich gemacht und sie zur weitgehenden Einschrän[...] der Lebenshaltung gezwungen, so wird sie in den komme[...] Monaten noch erheblich dazu beitragen, das Elend [...] Arbeitslosen zu verschärfen und eine Menge von kinderre[...] Arbeiterfamilien heimzusuchen. — Wohl dem, der bei[...] vorgesorgt, der infolge seiner Solidarität Anspruch auf di[...] werkschaftliche Arbeitslosenunterstützung hat. Ist die U[...] stützung auch knapp, so hindert sie doch, daß, wie bei [...] organisierten Arbeitern, die ärgste Not ihren Einzug hä[...]

Aus dem gewerblichen Leben

Gute Aussichten für Waggonfabriken. Wer die [...] dauernden Klagen aus den Kohlengebieten, wie auch [...] anderen Industrien hört, kommt auf den Gedanken, daß [...] Eisenbahnverwaltung ihrer Verpflichtung, Wagen in genü[...] der Weise zu stellen, nicht nachkommt. So mußte die B[...] schaft der Zeche Helene in Altenessen öfters feiern, weil [...] Kohlen nicht verladen werden konnten. Das Baugew[...] aus der Gegend von Remscheid kann nicht durcharbe[...] weil 50% der geforderten Wagen nicht angeliefert wu[...] Am 19. Oktober wurden in den Kohlenbezirken gefo[...] 41 501 Wagen, geliefert wurden nur 30 842. Es fe[...] demnach an dem Tage 25,7%. Am 23. Oktober wa[...] fast genau so: gefordert wurden 41 685, geliefert wu[...] 77%. Besonders schlimm sieht es im Rheinischen Br[...] kohlengebiet aus. Hier wurden am 23. Oktober angeli[...] 1602, mehr wie die Hälfte, 1675 Waggon, wurden [...] gestellt. So geht es schon längere Zeit. Die Folge d[...] ist: Schädigung der Industrie, Schädigung aber auch [...] jenigen Arbeiter, die in diesen Industrien beschäftigt wer[...] Diese werden besonders stark davon betroffen, weil hier [...] der Verlust des Tagelohnes, der sich für die Gesamtheit [...] Tausende von Mark beziffert, besonders empfunden [...] Die Eisenbahnverwaltung wird sich, wohl oder übel, [...] berechtigten Forderungen der Industrie und der Arbeiter [...] mehr Wagenmaterial, fügen müssen. Die Waggonfabr[...] aber, die bis jetzt schon zum Teil über guten Beschäftigu[...] grad berichten, werden sich freuen, neue Aufträge zu [...] kommen. Es kann aber auch vorkommen, daß die Eisenb[...] verwaltung die Liefertermine für Waggons auf eine frü[...] Zeit legt. Dann müßten in den Waggonfabriken Ueberstun[...] über Ueberstunden gemacht werden. An den Kollegen [...] es dann, diese in den richtigen Grenzen zu halten, denn [...] gibt noch Arbeitslose genug im Holzgewerbe, die gerne [...] beiten wollen.

Adressenveränderungen.

Kolmar i. P. V. Emil Sonnenburg, Feldstraße 3. R. Fr. [...] Roßstraße, 8—9 Uhr.
Küstrin. V. Theodor Kempin, Neustadt, Landsbergerstr.
Lübeck. V. Robert Wasle, Engelswisch 47[1].
Ortelsburg. V. Koslowski, Wallstraße. R. Frk. Kr[...] Gerichtstraße 5.

Wir suchen ordentliche und solide

Bürstenmacher

(Pecher und Einzieher) gegen guten Lohn auf dauernde Arbeit.
Auch finden zwei Beschneider für Peschware dauernd Beschäftigung.

Schäden. Co., Bürstenfabrik, Eneskenbrück.

Einige Möbelschreiner

auf bessere Möbelarbeit gesucht.
Zu melden beim Vorsitzenden der Zahlstelle Lippstadt.

Polsterer

nach rheinischer Stadt gesucht.
Meldungen an die Geschäftsstelle, Cöln, Palmstraße 14.

Erfahrene Möbelschreiner

finden dauernde Arbeit in den Werkstätten Bernhard Stadler, Paderborn.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.

: TAGES-KURSE FUR SCHREINER :

(44 Std. wöchtl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkul., Fläch.- u. Körperberech., gewerbl. Gesetzeskde., Stil- u. Formenl. Mat.-, Werkz.-, Maschinenkde., Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRÜFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis.
PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 87. Der Direktor: ZILLMER.

Das Jahrbuch

der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1913 sollte im Besitz eines jeden christlich organisierten Holzarbeiters sein.

Ein Drechsler auf Massenartikel sofort gesucht. **August Ehrhardt,** Holzdreherei, Witzenhausen a. d. Werra.

Eingelegte Fourniere für Nähtische, Schatullen und Füllungen.

Musterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungsschreiben.

Eustach Biller, Marqueteur, Heidelberg, Theaterstraße 7.

Polsterer

finden im Gebiete der Zahlstelle Dortmund Arbeit. Meldungen bei der Ortsverwaltung.

Bleistifte
Metermasse, Notizbüch[...]

liefere zum Verkauf in den Zahlstellen p[...] wert u. gut. **Muster-Sortiment** von [...] stiften geg. Einsendung v. 1 M. in Briefmar[...] Lieferant der Zahlstelle Cöln des Zentral[...] bandes christlicher Holzarbeiter.

H. Melchers, Cöln-Nippes Bülowst[...]

2 tüchtige Möbeltischler und 1 Polierer

für dauernde Arbeit sofort gesucht

Heinr. Maas
Mech. Bau- und Möbeltisch[...]
Bottrop in Westfalen.

Tüchtige Polierer

finden dauernde Beschäftigung in den Werkst[...]

Bernard Stadler, Paderborn

Verantwortlicher Redakteur: Carl Jansen, Cöln. — Druck von Heinrich Theißing, Cöln.